

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

4.8.1930 (No. 179)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 353  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
L. S.:  
E. W. Seyfried  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erachtet. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wagnisbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Zum Ableben von Dr. Ludwig Haas

Der Staatspräsident hat der Witwe des Abgeordneten Dr. Haas in einem Beileidschreiben die herzlichste Anteilnahme der badischen Regierung zum Ausdruck gebracht. Wie verlautet, wird der Reichsinnenminister Dr. Wirth an der morgen stattfindenden Beerdigung teilnehmen.

#### Kraftfahrzeuge in Baden im Jahr 1930

(Mitgeteilt vom Bad. Statistischen Landesamt)

Nach Feststellungen der badischen Bezirksämter beträgt die Zahl der Kraftfahrzeuge in Baden (ohne Einrechnung der Kraftfahrzeuge der Wehrmacht und der Reichspost) nach dem Stand vom 1. Juli d. J. 53 859, d. i. 7366 (15,3 v. H.) mehr als im Vorjahr.

Von der Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge entfällt nahezu die Hälfte (26 450 oder 49,1 v. H.) auf Krafträder. Die Zahl der Personenkraftwagen beträgt 20 818 oder 38,7 v. H., die der Lastkraftwagen 5921 oder 11,0 v. H., und die der übrigen Kraftfahrzeuge 670 oder 1,2 v. H. Unter den letzteren befinden sich 535 Zugmaschinen. Die Zunahme beträgt gegenüber der vorjährigen Bestandaufnahme bei den Kraftködern 3940 oder 17,5 v. H., bei den Personenkraftwagen 2835 oder 15,8 v. H., bei den Lastkraftwagen 579 oder 10,8 v. H. und bei den übrigen Kraftfahrzeugen 12 oder 1,8 v. H. Die Zahl der Zugmaschinen ist von 524 auf 535 gestiegen.

Von den Kraftködern waren 24 350 (d. i. 92,1 v. H.), von den Personenkraftwagen 16 356 (d. i. 78,6 v. H.), von den Lastkraftwagen 4640 (d. i. 78,4 v. H.) und von den Zugmaschinen 450 (d. i. 84,1 v. H.) deutscher Marke.

Die 20 818 Personenkraftwagen verteilen sich dem Verwendungszweck nach folgendermaßen: 61 Wagen dienen dem Krankentransportwesen, 918 werden im öffentlichen Fuhrverkehr als Droschkeln und 157 als Omnibusse verwendet, 118 Wagen und 51 Omnibusse stehen für Zwecke öffentlicher Behörden und 19 418 Wagen und 95 Omnibusse für gewerbliche, berufliche und sonstige Zwecke zur Verfügung. Unter den 5921 Lastkraftwagen sind 2926, die ein Eigengewicht von mehr als 2000 Kilogramm haben. Von diesen dienen 454 dem Transportgewerbe und 190 öffentlichen Behörden, 62 finden in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und 2220 für sonstige Zwecke Verwendung.

In den beiden größten Städten des Landes, Mannheim und Karlsruhe, wurden 10 976 Kraftfahrzeuge ermittelt, d. i. rd. ein Fünftel aller im Land Baden festgestellten Kraftfahrzeuge. Auf Mannheim entfallen insgesamt 6809 Kraftfahrzeuge (darunter 3268 Personenkraftwagen, 2272 Krafträder und 955 Lastkraftwagen), auf Karlsruhe 4967 Kraftfahrzeuge (darunter 1972 Personenkraftwagen, 1679 Krafträder und 657 Lastkraftwagen). Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Zunahme der Kraftfahrzeuge in Mannheim 404 oder 6,5 v. H., in Karlsruhe 468 oder 12 v. H.

#### Für Preisabbau in der Bauwirtschaft

Auf der Tagung des Bundes Deutscher Baugewerbetreibender in Rom beschäftigte man sich u. a. mit der von Unternehmern, Gewerkschaften und Reichsbehörden angestrebten Preisentlastungsaktion. Dabei fand ein Referat von Dr. Schürholz (Berlin) über die bisher eingeleiteten und die noch notwendigen Maßnahmen lebhaft Zustimmung, aus dem — nach der „Frankf. Ztg.“ — folgendes wiedergegeben sei:

Trotz des für uns so günstigen Einflusses der internationalen Rohstoffpreise seien unsere Fabrikate nicht konkurrenzfähig. Neben der schnellen Senkung der öffentlichen Ausgaben müsse ein Abbau der Kartellpreise für Rohstoffe und der Löhne einhergehen. Der Schritt der Eisenindustrie müsse schneller unterzogen werden. Der allgemeine Wiederricht sich jetzt mit Recht auf die Senkung der Lebenshaltungskosten, zu der der letzte Verkäufer in besonderem Maße beigetragen habe. Die gegenwärtige Diskussion zwischen Industrie und Einzelhandel erwecke hier und da den Eindruck, als ob über die Möglichkeiten der Senkung der Einzelhandelspreise in einzelnen Bezirken ebenso große Meinungsverschiedenheiten beständen wie zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über die Möglichkeit der Lohnsenkung.

Die Senkung der Weltmarktpreise zum Teil unter Vorkriegsniveau zeige die völlige Unhaltbarkeit eines Lebenshaltungsindex von immer noch 146. Besonders bedauerlich müßten die Indizes in der Bauwirtschaft stimmen: Baulohn 166, Baustoffe 149, Lohnindex 179 und ein Hypothekenzinsindex von 220! und diese Indizes bei der allmählichen Übersättigung des Wohnungsbaumarcktes! Die eiligst notwendigen Senkungsaktionen fielen nun noch in die gefährliche Zeit des Wahlkampfes, der stets wirtschaftliche Einsichten und Tatsachen durch eigennützige und verlogene Kampfpapieren verdränge. Trotzdem müßte schleunigst an die Aufklärungs- und Verständigungsarbeit auf breiter Grundlage herangegangen werden.

Das Waffenverbot. Eine Verordnung des preussischen Justizministers erklärt bei Verurteilungen wegen Waffentragens eine Umwandlung der am Donnerstag in Berlin verhängten Gefängnis- in Geldstrafen für unzulässig. Eine bedingte Aussetzung der Strafe mit Bewährungsfrist dürfe nur ganz ausnahmsweise bei Vorliegen besonderer Umstände gewährt werden.

Wegen verbotswidriger Waffentragens wurden in Berlin auf Grund der Rotenverordnung zwei Personen, die bei der kommunistischen Kundgebung am Freitag festgenommen worden waren, vom Schnellrichter zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Beurteilte wurden in Haft behalten.

### Letzte Nachrichten

#### Start des „Graf Zeppelin“ nach Darmstadt

W.D. Friedrichshafen, 4. Aug. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh um 7.30 Uhr mit 26 Passagieren an Bord unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner Landungsfahrt nach Darmstadt, die gestern infolge der ungünstigen Wetterlage nicht ausgeführt werden konnte, gestartet. An der Fahrt nehmen auch die hessischen Minister, Staatspräsident Adelnung, Leuscher und Rinberger, sowie als Vertreter der Stadt Darmstadt Oberbürgermeister Dr. Müller und Bürgermeister Delp teil.

#### Massenentlassungen in der Holzindustrie

W.D. Berlin, 4. Aug. (Tel.) Nachdem die vom Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie gefordigten Lohnabkommen am 1. August abgelaufen sind, wurden heute etwa 1000 Holzarbeiter in den Stuhlfabriken von Rabenau und Umgebung entlassen, weil sie sich dem Abbau der Tariflöhne nicht fügen wollten.

#### Italienisch-russisches Handelsabkommen

W.D. Moskau, 4. Aug. (Tel.) Zu dem in Rom unterzeichneten italienisch-russischen Handelsabkommen meldet die Telegraphenagentur der Sowjetunion, das Abkommen ermöglicht es der Sowjetunion, ihre Bestellungen in Italien zu verdoppeln. Die italienische Regierung übernehme eine Kreditgarantie in Höhe von 75 Prozent des Wertes der russischen Bestellungen.

#### Zwischenfälle bei der Ankunft italienischer Kinder in Paris

W.D. Paris, 4. Aug. (Tel.) Als gestern der italienische Botschafter auf dem Lyoner Bahnhof in Paris etwa 1000 italienische Kinder, die ihre Ferien in Frankreich verbringen sollen, abholte, kam es zu Zwischenfällen. Wie der „Petit Parisien“ berichtet, versuchten italienische Kommunisten anwesenden italienischen Faschisten, Angehörigen der Kinder, die Auszeichnungen, die sie angelegt hatten, herunterzureißen. Drei Italiener, die sich über ihre Person nicht ausweisen konnten, wurden verhaftet.

#### Zwei Millionen Reichsmark für die Räumung von Tchangsha

W.D. London, 4. Aug. (Tel.) Die „Times“ aus Schanghai melden, sollen die Kommunisten die Stadt Tchangsha gegen eine Summe von 1 Million mexikanischer Dollars (2 Millionen Reichsmark) geräumt haben. Die Regierungstruppen warteten weislich der Stadt auf die Gelegenheit, zurückzufahren. Die Stadt Tchangsha wird von einer schwachen Abteilung von Regierungstruppen gegen eine starke rote Armee verteidigt. Flugzeuge, die zwischen Hankau und Kiu-kiang verkehren, berichten, daß in vielen Städten große Feuerbrünste wahrnehmbar sind, was auf die Anwesenheit von Räubern hindeute.

#### Macdonald in Oberammergau

Der englische Premierminister Macdonald ist am Samstag mit seinen beiden Kindern in Oberammergau eingetroffen. Bei seiner Ankunft wurde er von einem kleinen Mädchen in Tracht mit einem Blumenkranz begrüßt. Der Bürgermeister von Oberammergau, Hans Maier, und der Christusbildhauer Lang stellten Macdonald am Abend Besuch ab, der ihnen seine Freude darüber ausdrückte, die Spiele zum ersten Male besuchen zu können. Bei der Vorstellung am Sonntag wohnte Macdonald dem Spiel in der Ehrenloge bei. Beim Verlassen des Theaters umringte eine große Menschenmenge das Auto. Die anwesenden Engländer bereiteten dem Premierminister eine begeisterte Ovation.

Dem Spiel wohnten auch die in Oberammergau weilenden Mitglieder der Steuergesellschaft, insgesamt 235 Personen, bei. Nach Schluß der Aufführung fand auf der Bühne ein Empfang statt, bei der der Präsident der Steuergesellschaft, Hoffmann, dem Bürgermeister und den Darstellern der großen Rollen in schlichten Worten seinen Dank für das Erlebnis aussprach.

Deutschland auf der Weltausstellung in Lüttich. Anlässlich der Eröffnung eines Pavillons auf der Lütticher Weltausstellung empfing am Freitag der Bürgermeister der Stadt Lüttich den deutschen Gesandten sowie andere deutsche Vertreter. Bei einem Frühstück sprach Oberbürgermeister Aderauer (Köln) die Hoffnung aus, den Bürgermeister der Stadt Lüttich bald in Köln in gleicher Weise begrüßen zu können.

Neues deutsches Reisebüro in Paris. Die Reichseisenbahn hat unter der Bezeichnung „Deutsches Reisebüro“ und „Reichseisenbahn“ in der Rue de l'Opéra in Paris ein Reise- und Verkehrsbüro eröffnet.

Die Reichshilfe für die Reichsbahn. Wie der „Berl. Vorposten“ mitteilt, hat das Reich sich zur Zahlung der gesamten Zinslasten der von der Reichsbahn begebenen 150 Millionen Schatzanweisungen verpflichtet. Die Zinsbelastung macht insgesamt 45 Millionen oder 9 Millionen Reichsmark jährlich aus. Das Disagio stellt sich auf 11,25 Millionen. Insgesamt wird die Reichsbahn dadurch um 56,25 Millionen oder jährlich um 11,25 Mill. Reichsmark in ihrer Betriebsrechnung entlastet.

### Zum Tode von Dr. Ludwig Haas

Am Samstagnachmittag ist hier in Karlsruhe nach längerem Leiden der langjährige demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas im 56. Lebensjahre gestorben. Dr. Haas war am 16. April 1875 in Freiburg geboren, besuchte dort Volksschule und Gymnasium und studierte von 1894 bis 1898 Rechtswissenschaft in Heidelberg, Freiburg und München, seit 1901 hatte er sich als Rechtsanwalt in Karlsruhe niedergelassen. Während des Krieges war Dr. Haas Zugführer und Kompagnieführer im Reserveinfanterieregiment 288, später Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau.

Als Politiker hat der Verstorbene, der bald innerhalb seiner Partei eine führende Stellung einnahm, eine außerordentlich vielseitige und fruchtbringende Tätigkeit entfaltet. Dem Reichstag gehörte Dr. Haas seit dem Jahre 1912 an. Schon damals betätigte er sich als Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung und nahm als solcher an den deutsch-französischen Annäherungskongressen in Bern und Basel teil. Von 1910 bis 1919 gehörte Dr. Haas dem Stadtrat in Karlsruhe als Mitglied an. Nach seiner Rückkehr aus dem Felde übernahm Dr. Haas in der vorläufigen badischen Volksregierung das Amt des Innenministers, wurde in die Nationalversammlung gewählt und blieb bis zum letzten Reichstag Mitglied der demokratischen Fraktion. Seit 1928 Reichstag Mitglied der demokratischen Partei, wurde er dort den Vorarbeiten der Reichstagsaufgelöst wurde, war Dr. Haas schon krank. Noch in den letzten Tagen hatte er dem Parteivorstand im Wahlkreis Thüringen aus Gesundheitsrückgründen unmöglich sei. Dr. Haas hatte sich aber bereit erklärt, auf der Reichsliste zu kandidieren.

Mit Dr. Haas ist einer der hervorragendsten Führer der Demokratischen Partei, einer der ersten Vorkämpfer für das demokratisch-republikanische Deutschland von uns gegangen. Dr. Ludwig Haas war Republikaner und Demokrat im besten Sinne des Wortes, dabei kein Fanatiker, sondern immer bereit zum Ausgleich von Gegensätzen und deshalb besonders in den schweren Kämpfen der Nachkriegszeit besonders befähigt, nach links und rechts zu vermitteln. Solange es sein Gesundheitszustand erlaubte, war er einer der aktivsten Politiker der Demokratischen Partei. Im Reichstag genoss Dr. Haas großes Ansehen, und wenn er sprach, hatte er stets die Aufmerksamkeit des Hauses.

Das Hinscheiden von Dr. Ludwig Haas bedeutet nicht nur für die Demokratische Partei, sondern für das gesamte politische Leben Deutschlands einen empfindlichen Verlust. Daher ist es verständlich, daß die Nachricht von seinem Tode in den weitesten Kreisen, auch außerhalb seiner Partei, lebhaftestes Bedauern hervorgerufen hat. Dr. Haas gehört zu der Schaar von entschlossenen Männern, die im Jahre 1918 bei dem Zusammenbruch auf die Rettung des Vaterlandes kamen und danach handelten und seitdem unermüdet am Wiederaufbau Deutschlands gearbeitet haben. Damit hat er sich bei allen Volksgenossen, die sich zur demokratischen Republik bekennen, ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Er ruhe in Frieden!

#### Der wirksame Ruf der freien Pfalz

Der durch den Pfälzischen Verkehrsverband in vielen Variationen über ganz Deutschland und weit darüber hinaus verbreitete Aufruf „Befreit die besetzte Pfalz“ hat seine Wirkung nicht verfehlt. Seit den Tagen der Befreiungsfeier werden dauernd Gesellschaftsausos aus dem Schwarzwald, aus Wiesbaden, Frankfurt a. M., aus dem rechtsrheinischen Bayern, aus Bremen usw. wahrgenommen, welche die nunmehr freie schöne Pfalz durchstreifen. Die großen Reisevereine vieler Deutschamerikaner, darunter viele pfälzischer Herkunft, haben es sich nicht nehmen lassen, der Pfalz ihren Besuch abzustatten. Der rührige „Verein der Pfälzer“ in Berlin hat es ermöglicht, daß 30 Berliner Familien im letzten Monat ihre Ferien in der Pfalz verbrachten. Für September ist von München aus eine große Pfalzfahrt vorgesehen, an der sich voraussichtlich Hunderte von Personen aus der bayerischen Landeshauptstadt beteiligen werden.

#### Zu den Schießübungen in Bittich

Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ beschäftigen sich mit den Meldungen, wonach bei Artillerieschießübungen auf dem Truppenübungsplatz Bittich ein Geschos jenseits der Grenze auf pfälzischem Gebiet bei Birnmasens niedergegangen ist und einige Arbeiter unmittelbar gefährdet hat. Wir sind der Ansicht, so erklärt das Blatt, daß eine Untersuchung dieser Vorfälle notwendig ist. Wenn die Meldungen sich bestätigen, wird man unverzüglich wirksame Maßnahmen ergreifen müssen, um eine Wiederholung zu vermeiden. Aus den vorliegenden Nachrichten ergibt sich, daß eine Untersuchung angeordnet wurde und Maßnahmen ergriffen worden sind, um die Wiederholung derartiger Vorfälle zu verhindern.

## Aus den Ländern

### Württemberg will sparen

Die württembergische Regierung hat eine Sparverordnung erlassen, nach der sämtliche sachlichen Ausgaben des laufenden Etats um mindestens 5 vom Hundert zu kürzen sind. Von der Maßnahme sind ausgenommen die Ausgaben, für welche eine geschäftliche und vertragliche Verpflichtung besteht. Das Staatsministerium behält sich überdies vor, für die Jahre 1930, 1931 und 1932 eine Anordnung zu treffen, wonach die Gesamtzahl der Beamten und Angestellten nach dem Stand vom 1. August 1930 nicht überschritten werden darf.

### Die Auswanderung aus Württemberg

Die Zahl der württembergischen Auswanderer ist in den letzten Jahren als Folge der Gerabhebung der nordamerikanischen Einwanderungsquote und der wegen schlechter wirtschaftlicher Lage verringerten Aufnahmefähigkeit von Argentinien, Brasilien und Paraguay merklich zurückgegangen; das Jahr 1929 bleibt mit einer Auswandererzahl von nur 4120 um 1594 oder fast 28 Proz. gegenüber 1927 zurück. Im Vergleich zu den übrigen deutschen Ländern ist indes die württembergische Auswanderung verhältnismäßig hoch. Auf je 100 000 Einwohner trafen hier 1928: 200 und 1929: 160 Auswanderer, im ganzen Reich aber nur 91 und 77. Eine ähnliche Beteiligung hat in Süddeutschland nur Baden aufzuweisen.

### In Bayern Schlachtsteuer durch Notverordnung eingeführt

Laut amtlicher Mitteilung hat das Gesamtministerium des Freistaates Bayern auf Grund des § 64 der Verfassungsurkunde nunmehr die Verordnung über die Einführung der Schlachtsteuer erlassen. Die Verordnung trägt die Unterschrift des Ministerpräsidenten Dr. Held, sowie der Minister Gürtner, Dr. Stübhel, Goldenberger, Schmelle. Die Verordnung tritt vom 15. August 1930 an in Kraft. Das Finanzministerium wird im Benehmen mit den beteiligten Staatsministern die im Vollzug der Verordnung erforderlichen Vorschriften erlassen. Die Verordnung berechnet die Wirkung der Steuer auf 2 1/2 Pf. für ein Pfund Fleisch in frischem Zustande.

### Eine Friedenstundegebung in Kassel

Aus Anlaß des Ränberfußballspiels England-Deutschland, das am Sonntag in Kassel zwischen einer Mannschaft des britischen Arbeiterportbundes und des deutschen Arbeiterportbundes ausgetragen wurde, fand Samstag abend im Stadtparkgarten eine Friedenstundegebung statt. Hierbei hielten der Unterhausabgeordnete der englischen Arbeiterpartei, F. D. Gill und der Vertreter des englischen Sportverbandes, Bryan, in herzlichsten Worten gehaltene Ansprachen. Letzterer verlas ein Handschreiben des englischen Premierministers MacDonald, in dem es u. a. heißt, daß solche Länderspiele dem Verhältnis zwischen England und Deutschland nur dienlich sein könnten. Es sprach ferner der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, der u. a. ausführte: „Hier rufe ich aus vollem Herzen: Wie wieder Krieg! Wir dürfen aber auch unter Zustimmung der englischen Freunde hingucken: Wie wieder Verfall! Alle sozialistischen Parteien der Internationale haben sich gegen die Ungerechtigkeiten des Friedensvertrages von 1919 energisch ausgesprochen. Der Geist der Arbeitslosigkeit mit allen Kräften zu begegnen, ist die erste und dringende Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung. Wir in Deutschland werden am 14. September zu unserem Teile beitragen, Kaufleute zum Hause des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit aufzumuntern.“

### Der Bau des Völkerbundesgebäudes in Genf

Das Komitee für den Bau des neuen Völkerbundesgebäudes trat am Donnerstag unter dem Vorsitz des stellvertretenden Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Butler, in Genf zusammen. Den Sitzungen wohnten auch die mit dem Bau beauftragten Architekten bei.

Das Komitee bereinigte seinen Bericht an den Fünferausschuß betr. die endgültigen Pläne und die detaillierten Kostenvorschläge. Es setzte die Bedingungen für die Vergebung des ersten, das heißt des größten Teils der Arbeiten im Gesamtkostenbetrag von 10 Millionen Franken fest. Einladungen an die zu der Bewerbung zugelassenen Firmen werden gegen Mitte August erfolgen. Die Offerten müssen vor dem 15. Oktober beim Völkerbundssekretariat eingehen. Die Vergabe der Arbeiten ist auf den 1. November vorgesehen. Der Ausschuß beschloß indessen, schon jetzt die Vorarbeiten auf dem Bauplatz (Absperrung, Ribellierung, Straßen usw.) einzuleiten. Diese Arbeiten werden unverzüglich aufgenommen werden und im Laufe des Monats November zum Abschluß gelangen.

Das Komitee ging dann zur eingehenden Erörterung der Lage unter Einbeziehung der Architekten über. Diese erklärten, daß die Völkerbundsversammlung schon im Jahre 1933 in dem neuen Saale abgehalten werden könne.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn. Die Verhandlungen der Deutschen Reichsbahn mit einem Vorkonkordatium über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms sind abgeschlossen. 75 Millionen Reichsmark bpfrentiger Schatzanweisungen mit 5jähriger Laufzeit sind bereits gegeben. Weitere 75 Millionen Reichsmark sollen am Kapitalmarkt untergebracht werden.

Das englische Parlament wurde am Freitag auf den 28. Oktober vertagt. Bevor es auseinanderging, verlas der Lordkanzler eine Rede des Königs, in der auf die Räumung des Rheinlandes hingewiesen wird. Hinsichtlich der Verlagerung der Seeabfertigungskonferenz spricht der König die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen bald zu einer vollen Verständigung führen werden.

Ein Münzabkommen zwischen Italien und dem Vatikan wurde unterzeichnet. Durch die Abereinunft wird der Geldumlauf des einen Staates auf dem Gebiete des anderen geregelt. Die Vatikanstadt wird Silber-, Kupfer- und Nickelmünzen von gleicher Legierung und Größe wie die italienischen Münzen ausgeben. Die Inschrift der Münzen soll in italienischer Sprache abgefaßt sein.

Die russische Zellstoffzufuhr nach Amerika. Das Washingtoner Schakamt hat die Aufhebung des Einfuhrverbots für russischen Zellstoff nach Prüfung der verschiedenen Projekte verfügt. Für den Transport von Zellstoff sind 79 Schiffe gechartert, von denen 6 bereits in Amerika und 11 nach Amerika unterwegs sind.

Das Amerikabuch von Felix Moeschlin. 20 000 km USA. Mit 200 Seiten Text und 154 prächtigen Tiefdruckbildern. (Eugen Rentsch Verlag, Erlangen-Bay. und München. Preis 12 M.) — Eben ist dieses Buch erschienen. In prächtvoller Darstellung in Wort und Bild wird uns hier Amerika erschlossen, dieses faszinierende Wunderland. Moeschlin ist ein glänzender Stilist, ein guter, beharlicher Beobachter, der das Besondere wittert und den Eindruck auch in suggestiver Art wiederzugeben weiß.

## Um die Sammlung der Mitte

### Die Volkspartei lehnt ab

Nachdem sich die Deutsche Staatspartei und die Deutsche Volkspartei in den letzten Tagen völlig auseinandergewandert hatten, wurden in der Staatspartei Bestrebungen laut, die erneuten Verhandlungen um den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zu erziehen. Dabei ist wiederholt ganz deutlich der Rücktritt von Koch-Weser und Dr. Scholz als Verhandlungsführer gefordert worden. Auf solche Kräfte ist es zurückzuführen, daß der Mitbegründer der Deutschen Staatspartei Koch-Weser, wie gemeldet, am Sonntag ein Schreiben an den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, gerichtet und sich bereit erklärt habe, mit Dr. Scholz vollständig in den Hintergrund zu treten, um dadurch alle persönlichen Gesichtspunkte zurückzustellen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hat jedoch für die Deutsche Volkspartei, was den Rücktritt Dr. Scholz' anbelangt, ablehnend geantwortet. Herr Koch-Weser sei gescheitert. Herr Dr. Scholz habe die gesamte Partei und vor wenigen Tagen noch der Reichsausschuß einstimmig das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen. Die DVP werde aber, wenn jetzt die Staatspartei unter anderer Führung zu der Frage der Sammlung und Zusammenfassung eine andere Haltung einnehme, ohne weiteres bereit sein, mit ihr und den anderen Parteien darüber zu verhandeln.

Der Demokratische Zeitungsbeirat bezeichnet diese Auslassungen als gehässig und verblendet. Es zeige sich, wie unmöglich es sei, mit Politikern, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen, zu einer Verständigung zu gelangen. Die Deutsche Volkspartei habe somit die ausgestreckte Hand zurückgewiesen. Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hat in Kassel die Sammlung aller Parteien der Mitte gefordert. Wenn die neu gegründete Deutsche Staatspartei und die in ihr vorhandenen jungen Kräfte, so heißt es in einer Entschließung weiter, ernstlich gewillt seien, zu einer wahrhaften Sammlung beizutragen, so könnten Wege zur Verhandlung mit der Deutschen Volkspartei gefunden werden. Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler werde eine Verständigung zu fördern versuchen.

### Kritiken aus der Deutschen Volkspartei

Aus dem volksparteilichen Lager kommen Worte scharfer Kritik zur Haltung der Parteiführung. So schreibt die „N. Mannheimer Ztg.“ u. a.: „Weiß denn Scholz nicht, mit welcher leidenschaftlichen Sehnsucht das liberale Bürgertum nach Sammlung und Einigung in einer starken und wirklichen Staatspartei verlangt? Und sieht Scholz als einziger von uns allen nicht, daß seine Annäherungsversuche nach rechts nur auf geringe Begehrnisse stoßen? Wohin will er die Partei Bennigsen, Bafersmanns und Stresemanns denn steuern? Die Isolierung der Volkspartei zwischen Volkspartei und Staatspartei würde ganz gewiß keine „splendid isolation“ sein. Wir wollen heraus aus der Enge.“

Die „Kölnische Zeitung“ sagt u. a., daß ohnehin schon die Frage aufgeworfen werden müsse, ob Dr. Scholz noch länger auf seinem Posten bleiben könne. In diesem Augenblick, wo die Politik der volksparteilichen Führung vor dem Fiasko stehe, sei ein Ereignis eingetreten, das dem Lauf der Dinge eine günstige Wendung geben könne. Köpfer-Schöff sei ein neuer Mann, auch im Sinne der „Kölnischen Zeitung“; denn er war bisher an der parteipolitischen Führung nicht beteiligt, habe sich aber in seiner Tätigkeit als preussischer Finanzminister weit über den Kreis seiner demokratischen Parteifreunde hinaus, nicht zuletzt auch in den Reihen der Deutschen Volkspartei, den Ruf eines energiegelassen und weitblickenden Staatsmannes erworben. Kochs Beispiel sei hoch anzuerkennen. Sein Opfer werde hoffentlich nicht umsonst gebracht sein. Herr Dr. Scholz müsse der Rücktritt von der Führung zugunsten werden, damit einem Anhänger des mitelparteilichen Sammelgedankens Platz gemacht werde.

### Austritte aus der Volkspartei Württembergs

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, beschloß der Vertretertag der Deutschen Volkspartei Württemberg mit 51 gegen 46 Stimmen, den langjährigen Landtagsabgeordneten und Führer der Partei in Württemberg, Vides, als Abgeordneten für den kommenden Reichstag nicht mehr aufzustellen. An seine Stelle wurde Reichstagsabgeordneter Keinath (Berlin) als Spitzenkandidat gewählt. Reichstagsabgeordneter Vides hat infolge dieses Beschlusses an den Landesvorstand, Staatsrat Nath ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Nach Kenntnis der Vorgänge, die zu diesem Ergebnis geführt haben, ist es mir aus Gründen der Selbstachtung unmöglich, länger der Deutschen Volkspartei anzugehören. Ich sehe mich deshalb zu meinem Bedauern gezwungen, hiermit meinen Austritt zu erklären und damit aus einer Partei auszuscheiden, der ich ein Menschenalter hindurch jederzeit opferbereit und treu zu dienen bemüht war.“

Vides gehörte über 30 Jahre der nationalliberalen Partei in Württemberg bzw. der Deutschen Volkspartei Württemberg an. Er ist einer der Mitbegründer der Volkspartei. Der organisatorische Aufbau war in der Hauptsache sein Werk. Vides galt bisher als eigentlicher Repräsentant der Partei in Württemberg. Mitglied des Reichstags war er seit 1924.

### Eine „U. D. P.“

In Nürnberg ist am Sonntag eine „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ gegründet worden. Die Vereinigung will diejenigen Demokraten zusammenfassen, die sich der Deutschen Staatspartei nicht anschließen wollen. Zu den Unterzeichnern eines von der Vereinigung erlassenen Aufrufs gehört auch Hellmuth v. Gerlach.

### Die bayerischen Deutschenationalen für Hugenberg

Die Deutschenationalen Volkspartei in München hat eine Entschließung an, die sich für die Politik Hugenburgs ausspricht.

### Randbaturen

Prof. Gorch, der bekannte ehemalige deutschnationale Außenpolitiker, wird die Liste der Konkreten Volkspartei in Hessen-Nassau führen.

Als deutschnationaler Spitzenkandidat in Ostpreußen ist der Kammerherr v. Oldenburg-Januschau aufgestellt worden. Der „Januschauer“ hat dem Reichstag lange Jahre angehört, bis zum Umsturz, wo er mit dem „ungekrönten König von Preußen“, v. Heydebrand, von der politischen Bildfläche verschwand. Der weiteren Öffentlichkeit ist er durch seine Äußerung von dem Leutnant und zehn Mann bekannt geworden, durch die Wilhelm II. den Reichstag auseinanderjagen konnte. Oldenburg-Januschau zählt heute 75 Jahre.

Beitritt Kanadas zur Fakultativklausel. Die kanadische Regierung hat dem Völkerbundssekretariat das Ratifikationsdokument Kanadas überreicht, in dem dieses Land seinen Beitritt zur Fakultativklausel und seine Anerkennung der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Internationalen Ständigen Gerichtshofes für gewisse Kategorien von Rechtsstreitigkeiten erklärt. Mit der Ratifizierung Kanadas beträgt die Zahl der gegenwärtig der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Internationalen Ständigen Gerichtshofes beigetretenen Staaten 29.

## Kartellfragen im Reichswirtschaftsrat

### Ein Gutachten gemäß Notverordnung

Der Reichswirtschaftsminister hat am 29. Juli folgendes Schreiben an den Reichswirtschaftsrat gerichtet:

„Der Herr Reichspräsident hat am 26. Juli 1930 die Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände erlassen, die im Reichsgesetzblatt vom 27. Juli 1930 I S. 311 verkündet ist. Der fünfte Abschnitt dieser Verordnung enthält die Ermächtigung der Reichsregierung, bestimmte Maßnahmen zur Beseitigung unwirtschaftlicher Preisbindungen zu treffen.“

In Ausführung eines Beschlusses der Reichsregierung zu § 3 Satz 2 des fünften Abschnittes der Verordnung ersuche ich den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ergebenst, alsbald in eine Erörterung der für die Anwendung der Verordnung maßgebenden Gesichtspunkte einzutreten und sich dabei insbesondere zu folgenden Fragen gutachtlich zu äußern:

1. Überwiegen bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preisbindungen deren Vorteile für die Gesamtwirtschaft bezart, daß es notwendig erscheint, bis zur Überwindung der krisenhaften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten oder an Stelle der Preisbindungen nur unbedingte Höchstpreise zuzulassen? Welche besonderen Gesichtspunkte ergeben sich dabei auf den Gebieten

a) der Produktion, einschließlich des Leistungsgewerbes, b) des Großhandels, c) des Einzelhandels?

2. Empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist,

a) die Preisbindungen auf solchen Gebieten aufzuheben, auf denen preisgebundene Unternehmungen unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftslage oder ihrer besonderen Betriebsverhältnisse die festgesetzten Preise unter Umgehung der Bindungen nicht einhalten,

b) in einzelnen Fällen die Bindungen auf unangemessen hohe (volkswirtschaftlich nicht berechtigte) Preise und Preisspannen aufzuheben? Wie kann das Vorliegen unangemessen hoher Preise im einzelnen Falle zutreffend ermittelt werden?

3. Empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist, die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe, also z. B. von Angehörigen des Einzelhandels, durch Produzenten oder Großhandel aufzuheben? Ist dies insbesondere mit Rücksicht auf die Preisbindung bei sogenannten Markenartikeln angezeigt?

Mit Rücksicht auf die Bedeutung und Gültigkeit dieser Klarstellungen wäre ich dankbar, wenn der Vorläufige Reichswirtschaftsrat die Ausprache hierüber in dem zuständigen Ausschuss mit tunlichster Beschleunigung aufnehmen wollte.“

### Zweimal an einem Tag überfallen

GNB, Berlin, 4. Aug. (Priv.-Tel.) Der Baumeister Walter Dietrich aus Adlershof, der am Samstagvormittag in der Nähe des Schlesiens Bahnhofs von vier Männern überfallen und um 2000 M. beraubt worden war, ist, wie die „B. Z.“ berichtet, in der Nacht zum Sonntag zum zweiten Mal überfallen worden, und zwar offenbar von denselben Leuten, die ihn zuerst ausgeplündert hatten. Dietrich hatte abends nach 11 Uhr das Berliner Polizeipräsidium, wo er den ganzen Abend mit Vernehmungen und Gegenüberstellungen hatte verbringen müssen, verlassen und wurde auf dem Wege zur Janowitzer-Brücke angegriffen, an ein haltendes Auto betankelt und plötzlich in den Wagen gestofen. Vier Mann hielten ihn mit vorgehaltenen Revolvern in Schach und entführten ihn nach Köpenick. In einer kleinen Waldung setzten sie den 55jährigen Baumeister ab und forberten von ihm unter Todesdrohung, daß er das Polizeiprotokoll, das er heute auf dem Polizeipräsidium unterschreiben soll, nicht unterzeichne. Dann ließen sie Dietrich allein. Der Baumeister, ein fränkischer Mann, war durch diesen zweiten Überfall so eingeschüchtert, daß er sich heute weigerte, das Polizeipräsidium aufzusuchen. Wie erst jetzt bekannt wird, hatten bereits am Samstagmittag drei Frauen, die inzwischen festgenommen werden konnten, Dietrich beim Verlassen des Polizeireviere in der Fruchtschloßstraße gestellt und von ihm verlangt, den ganzen Raubüberfall zu widerrufen. Für diesen Dienst boten sie ihm die Rückerstattung der Hälfte der geraubten Summe an.

### Kleine Chronik

Auf der Strecke zwischen Wittenberg und Amorbach (Unterfranken) kam ein Omnibus, auf dem sich eine Abteilung der Würzburger Landespolizei befand, infolge der Glätte ins Schleudern, durchbrach die Brückenmauer und stürzte in den Rutsch. Vier Mann erlitten schwere, 12 Mann leichte Verletzungen.

In der nordschwedischen Gemeinde Kyrtaback brach gleichzeitig an zwei Stellen ein Feuer aus, dem etwa 50 Häuser zum Opfer fielen. Nur 10 Gebäude konnten gerettet werden. Wegen Verdachts der Brandstiftung wurde ein Mann verhaftet.

Den Londoner Blättern zufolge haben während des Wochenendes bei Verkehrsunfällen auf den Landstraßen insgesamt 16 Personen den Tod gefunden. Bei zwei Omnibusunfällen in Stratford und Bootle wurden 26 Personen verletzt.

Das englische Luftschiff „A. 100“, wird wegen verschiedener Beschädigungen bei seinem Ozanflug in Kanada wahrscheinlich keine größeren Fahrten unternemen. Jedenfalls muß der für den 5. August geplante Flug nach Ottawa verschoben werden. Alle Offiziere des Luftschiffes sind sich einig darin, daß das Luftschiff nicht den Anforderungen eines zuverlässigen und regelmäßigen Transatlantischerkehrs gewachsen ist.

Ein Postflugzeug stürzte in der Nähe von Lausanne in den Genfer See. Die aus zwei Mann bestehende Besatzung erlitt schwere Verletzungen. Von den drei Passagieren sind zwei (Schweizer) ertrunken, und der dritte, eine französische Dame, wurde tödlich verletzt.

Bei Montpellier stürzte ein französisches Militärflugzeug ab. Beide Insassen kamen ums Leben.

In der rumänischen Ortschaft Karuj hat ein Diener, namens Ranga, aus Mache wegen seiner Entlassung die ganze Familie seines ehemaligen Brotherrn in bestialischer Weise durch Art-hiebe ermordet. Er schlichete in eine Hütte, von dort aus eröffnete er auf die ihn verfolgenden Beamten einen wahren Geschloßhagel, bis er durch den Schuß eines Beamten getötet werden konnte.

In Syrien macht sich eine monarchistische Bewegung bemerkbar. Das Programm der monarchistischen Partei enthält als Hauptpunkt die Wahl des Königs durch das Volk im Einvernehmen mit Frankreich.

Zu den Überschwemmungen in Japan berichtet „Times“, daß die Zahl der Toten auf 60 geschätzt wird. In Osaka stehen 10 000 Häuser unter Wasser, in Tokio 4000 und in Yokohama 8000.



